

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in L. eseritz bei Ph. Mathias.

Posener Zeitung.
Zweiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Naube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 889.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 19. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Petitzeile ober deren
Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Zum Quartal's-Wechsel

machen wir ergebenst darauf aufmerksam, daß wir zur Bequem-
lichkeit unserer geschätzten Leser außer in der unterzeichneten Ex-
pedition folgende Ausgabestellen in hiesiger Stadt errichtet haben:

- Jacob Appel, Wilhelmstraße Nr. 7.
J. Affeltowicz, Wallischei 67.
S. Berne, Wallischei Nr. 93.
Gebr. Böhlke, St. Martin.
Ernst Böhlke, St. Martin.
Wittwe C. Brecht, Bronnerstr. 13.
Emil Brumme, Wasserstraße.
C. D. Burde, St. Martin 60.
C. D. Burde jun., St. Adalbertstraße 28.
Ed. Federt jun., Berliner- u. Mühlenstr.-Ecke 18b.
Frenzel & Comp., Wallischei 56.
Marcus Friedländer, Friedrichs-Strasse Nr. 31.
Otto Gon, Friedrichstraße 21.
M. Gräzer Nachf., Mühlen- u. Pauli-Kirchstr.-Ecke.
Ab. Gummior, Mühlen- u. St. Martinstr.-Ecke.
H. Gummel, Breslauerstr. 9 u. Friedr.- u. Lindenstr.-Ecke 19.
F. Hunger, St. Martin 43.
H. Kahler, Wasserstraße 6.
M. Kantowicz, Schuhmacherstraße 1.
Adolph Kay, Gr. Ritterstraße Nr. 10.
S. W. Kay, Markt 71.
Restaurateur G. Lehmann, Ostrowek Nr. 11.
Wittwe Kaimwald, St. Adalbert.
H. Michaelis, Kl. Gerberstr. Nr. 11.
J. R. Nowakowski, Wiener Platz Nr. 2.
F. W. Plagwis, Schützenstraße 23.
Bruno Ratt, vorm. M. C. Hoffmann, Markt u. Neuestr.-Ecke.
Anton Radomski in Nerzwe.
Samuel Samter, Wilhelmstraße Nr. 11.
Dswald Schäpe, St. Martin Nr. 23.
Jacob Schlesinger, Wallischei Nr. 73.
Hugo Seidel, Mühlenstraße Nr. 14.
Ed. Stiller's Witwe, Sapiehaplatz Nr. 6.
Hugo Spindler, (Carl Heinr. Ulrich & Co.) Breitestr. 14.
Gust. Adolph Schleh, Postlieferant Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke.
Wlad. Alfons v. Unruh, Halbdorfstraße Nr. 9.
Paul Worwerg, Sapiehaplatz Nr. 7.
H. Wittke, Wasserstraße Nr. 89.

Die folgenden bisherigen Ausgabestellen werden mit dem
1. Januar 1880 aufgehoben und nehmen an deren Stelle Abonnements
entgegen:

- für Krug & Fabricius, Bresl. Str. 11: S. Gummel, Breslauer Str. 9,
dieselben St. Martin 52: D. Schäpe, Ernst Böhlke,
Gebr. Böhlke, C. D. Burde,
Ab. Gummior und F. Hunger
sämmtlich auf St. Martin.
dieselben Halbdorf-Str.: v. Unruh, Halbdorfstr. 9.
dieselben Sapiehaplatz: Marcus Friedländer, Fried-
richsstr. Nr. 31.
S. Knäper Nachf., Ecke Schützenstr.: J. R. Nowakowski, Wiener Pl. 2.
Philipp Kenjer, Grabenstr. 40: Emil Brumme, H. Wittke und
Gust. Ad. Schleh, Gr. Gerber- u. Breitestr. Ecke.

Abonnements werden bei uns sowie bei sämmtlichen Distribu-
tionsstellen ohne Preiserhöhung entgegen genommen und gelangt
die Zeitung Morgens 7 Uhr, Mittags 11 1/2 Uhr und Abends
5 Uhr zur Ausgabe.

Die Expedition der Posener Zeitung.

Oberschlesien!

Vom Ober-Präsidium der Provinz Schlesien
werden die Zeitungen um den Abdruck nachfolgender Mittheilung
ersucht:

Breslau, den 15. Dezember 1879.

Im Interesse einer den thatsächlichen Verhältnissen entsprechenden
Verwendung der Gaben der Privatwohlthätigkeit, welche anlässlich des
verschiedenen Kreise Oberschlesiens bedrohenden Nothstandes gesammelt
werden, erscheint es dringend erwünscht, mit der Vertheilung ganz
systematisch vorzugehen. Diese Erwägung hat schon seitler verschiedene
Vereine zu dem naturgemäßen Verfahren geführt, das von ihnen Gesam-
melte nach Maßgabe der befalls nachgesuchten Vorschläge des
königlichen Regierungspräsidenten Herrn Freiherrn v. Quadt und Hüchtenbruck zu Dppeln, in dessen
Hand die Fäden der Verwaltung des Nothstandsdistrikts zunächst zu-
sammenlaufen, zu vertheilen. Andere Vereine haben dem gedachten
Herrn Präsidenten die Vertheilung der bei ihnen eingegangenen Gaben
pöllig überlassen, welchenfalls dieselbe nach Maßgabe des Bedürfnisses
in den beteiligten Kreisen des Regierungsbezirks Dppeln, behufs dem-
nächstiger Verwendung des. Untervertheilung durch die Herren Land-
räthe, stattgefunden hat. Diejenigen Vereine und sonstigen Sammel-
stellen, welche bis jetzt in anderer Weise vorgegangen sind, mache ich —
nachdem mir desfallsige Anregung verschiedenseitig gegeben ist — zur
eventuellen gefälligen Benutzung unmaßgeblich darauf ergebnis aufmerk-
sam, daß Herr Regierungspräsident Freiherr von Quadt und
Hüchtenbruck, welcher zugleich als Mitglied des Nothstandsaus-
schusses des verbündeten Vaterländischen Frauenvereins in Schlesien
fungirt, auch fernerweit gern bereit ist, in der gedachten Art rathend
oder selbstthätig mitzuwirken.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.
v. Sendewitz.

Die Minister Graf Culenburg und Bitter haben, wie der
„Magdeb. Ztg.“ geschrieben wird, Sr. Majestät dem Kaiser
nicht bloß über die Lage in Oberschlesien, sondern auch über die
Zustände in anderen, unter den Folgen der starken Kälte ganz
besonders leidenden Landstrichen eingehend Vortrag gehalten.

Eine Gesetzesvorlage der Regierung behufs Bewilligung
eines Kredits zur Hebung des Nothstandes
dürfte übrigens, nach Allem, was das genannte Blatt erfährt,
leider vor den parlamentarischen Weihnachtsferien nicht mehr zu
erwarten sein.

Einem Artikel der heutigen „Provincial-Korre-
spondenz“ über den Nothstand in Oberschlesien
entnehmen wir folgende thatsächliche Mittheilungen:

Behufs der Beschaffung von Arbeitsverdienst sind umfangreiche
Bewilligungen erfolgt. Die Staatsregierung hat den Kreisen Kosel
und Ratibor ein Darlehen von 300,000 Mark bzw. 400,000 Mark
unter günstigen Bedingungen bereits im September bzw. im Oktober
d. J. bewilligt und außerdem im November d. J. dem Oberpräsidenten zur Gewährung von Beihilfen für den Bau von
Bisinalwegen einen vorläufigen Betrag von 30,000 M. zur Verfügung
gestellt. Seitens des Provinzialverbandes sind den Kreisen Kosel,
Ratibor, Rybnik, Pleß und Lublitz für zahlreiche Chausseestrecken
Bauhilfsgelder von 6 1/2 — 7 1/2 M. für den Meter neben besonderen Zuschüssen
für Brückenbauten im Gesamtbetrage von 880,000 M., sowie ferner an
Darlehen unter günstigen Bedingungen im Ganzen 200,000 M. bewilligt
worden. Außerdem hat der Provinzial-Landtag den diesjährigen Wege-
baufonds um 500,000 Mark verstärkt und dem Provinzial-Ausschusse
die Summe von 1,500,000 Mark zur Verfügung gestellt, um daraus
zur Bekämpfung des Nothstandes den Kreis-Kommunalverbänden Dar-
lehne unter günstigen Verzinsungs- und Rückzahlungs-Bedingungen zu
bewilligen, auch Summen bis zu 10 pCt. der Darlehne à fonds perdu
hinzugeben. Mit den hiernach verfügbaren, nicht unerheblichen Mitteln
ist der Wegebau in Angriff genommen und auch während des eingetre-
tenen Frostes, soweit irgend thunlich, fortgesetzt worden. Besonders
werthvoll aber wird die durch jene Mittel ermöglichte Arbeitsgelegen-
heit sich bei eintretender milderer Witterung und demnächst im kom-
menden Frühjahr erweisen. Soweit den Bedrängten durch die Ueber-
weisung von Arbeit der zur Beschaffung des nothdürftigen Lebens-
unterhalts erforderliche Verdienst nicht gewährt werden kann, ist die
Ueberweisung der erforderlichen Lebensmittel vorgesehen. Denjenigen
Ortsarmenverbänden, welche hierzu nicht hinlänglich prästationsfähig
sind, ist die Hilfe des Landarmenverbandes gesichert. Dem Letzteren
sind aus Staatsfonds unter Vorbehalt der Mitwirkung des Oberprä-
sidenten bei der Verwendung am 20. November d. J. 300,000 Mark
überwiesen, und ferner durch Beschluß des Provinzial-Landtags vom
2. Dezember d. J. diejenigen 400,000 Mark zur unbefristeten Ver-
fügung gestellt worden, welche der Provinzialverband in Anlaß der
Feier der Allerhöchsten goldenen Hochzeit zur Begründung einer
Sichenshaus-Stiftung bewilligt hatte und nunmehr einer von Allerhöch-
ster Stelle erfolgten Anregung entsprechend, für die Bekämpfung des
Nothstandes bestimmt hat. Die Organe der Orts-Armen-Verbände
sind angewiesen, überall, wo es Noth thut, sofort helfend einzuschrei-
ten und für etwa erforderliche Beihilfen die Vermittelung des Land-
raths in Anspruch zu nehmen. Sie werden in der gehörigen und recht-
zeitigen Erfüllung ihrer Obliegenheiten durch die Amtsdorfsheer über-
wacht und durch diese, sowie durch Vertrauensmänner unterstützt. Den
Landräthen sind die nöthigen Mittel zur Verfügung gestellt worden,
um Hilfe, welche sofort erforderlich ist, ohne vorgängige Rückfrage
beim Landarmen-Verbande zu gewähren. Zum Ankaufe von Lebens-
mitteln, auch in den erforderlichen größeren Mengen, bietet sich aus-
reichende Gelegenheit. Zur Erleichterung der Kartoffelfuhr nach
Oberschlesien ist der taximäßige Frachttas auf den dorthin führenden
Eisenbahnen auf die Hälfte ermäßigt worden. Auf wie lange die im
Vorliegenden nachgewiesenen Mittel ausreichen werden, um dem Noth-
stande abzuhelfen, wird sich erst nach den Erfahrungen der nächsten
Wochen auf Grund erneuerter Prüfung der aufgestellten Bedarfsbe-
rechnungen mit genügender Sicherheit übersehen lassen. Soweit sich
danach die Aufwendung weiterer Geldmittel als notwendig ergibt,
mud die Staatsregierung nicht säumen, die Bewilligung derselben bei
der Landesvertretung zu beantragen, welche, wie nicht zu bezweifeln ist,
die erforderliche Hilfe nicht versagen wird. Die Hilfe der Gemeinden,
der Provinz und des Staates muß sich aber auf die Gewährung des
Nothdürftigsten beschränken. Darüber hinaus die Noth zu lindern, die
Entbehrungen erträglicher zu machen, den Lebensmuth der Bedrängten
zu stärken, bleibt die dankbare und segensreiche Aufgabe der Privat-
wohlthätigkeit.

Am 15. cr. beschäftigte sich der Kreistag des Kreises Reisse
mit verschiedenen Anträgen zur Bekämpfung des Nothstandes.
Bei dieser Gelegenheit wurde konstatiert, daß auch im Reisser
Kreise sich bereits der Nothstand in lebhafter Weise fühlbar
mache.

Dr. med. Sahn aus Ziegenhals erklärte, es gebe auch im eigenen
Kreise Noth und Glend; er könne Familie nachweisen, die das ganze
Jahr kein Fleisch, sondern nur Kartoffeln, Brod und Salz zu essen, die
weder Schuhe noch sonstige Kleidung hätten. Er wolle nicht direkt
behaupten, daß Erwaachsen, wohl aber könne er versichern, daß
Kinder am Hungertode gestorben seien. Wenn die
3000 Mark auch bewilligt wurden, so höre damit die Verpflichtung der
einzelnen Kommunen nicht auf, ihre Armen zu unterstützen. Kreis-
deputirter Boh! bemerkte, der Nothstand sei vorauszuweisen gewesen.
Auch hier habe sich wieder die traurige Thatsache herausgestellt, daß
die Hilfe zu spät gekommen. Es seien bereits notorisch
Menschen am Hungertode gestorben. Eine Hilfe sei nichts, wenn sie
nicht sofort komme. Er habe nicht geglaubt, daß die Noth im heimat-
lichen Kreise so groß sei. Was Dr. med. Sahn gesagt, involvire den
schwersten Vorwurf für die betreffenden Armenverbände.

Aus Gajchowitz, Kreis Rybnik, schreibt der dortige
Lehrer:

Der größte Theil der hiesigen Einwohner muß mit Lebens-
mitteln unterstützt werden. In den meisten Familien wird nur einmal
geessen, Kartoffeln sind schon lange nicht mehr vorhanden. In den
vier zum hiesigen Schulbezirk gehörigen Gemeinden befindet sich nicht
ein einziger Bauergutsbesitzer. Der größte Theil der Kinder hat einen
dreiviertelstündigen Weg zur Schule. Die Eltern würden die Kinder
gern schicken, wenn sie nur Kleider für dieselben hätten. Die Schule
wird in Folge des Mangels an Kleidungsstücken sehr schlecht besucht.
— Wird nicht Hilfe, baldige Hilfe geschafft, so müssen hier viele
Familien verhungern.

In Stadt und Kreis Rybnik herrscht ein allseitiger

Eifer, zur Bekämpfung des Nothstandes nach Kräften beizutragen.
Hierzu gehört aber die weitere Zufendung von Kleidungs-
stücken, die nicht dringend genug erbeten wer-
den können.

§§ Parlamentarisches Intermezzo.

Wenn die Vorstadien des vor einigen Tagen seitens des
Abgeordnetenhauses nach einer lebhaften Diskussion in die Kom-
mission zurückverwiesenen Feld- und Forstpolizeige-
setzes nicht bekannt sind, der könnte leicht glauben, das Land
sei gewissermaßen durch einen Zufall vor einem Gesetze bewahrt
worden, dessen verhängnißvolle Bedeutung, zuerst im Drange der
Geschäfte übersehen, glücklicher Weise im letzten Augenblick noch
erkannt wurde. Nun war aber dieses selbe Gesetz bereits in zwei
früheren Sessionen dem Landtage vorgelegt; wieder, von 1877—8,
wurde es im Plenum des Herrenhauses öffentlich beraten, wobei
u. A. über den sog. Beeren- und Pilz-Paragraphen ganz die-
selben Debatten stattfanden, wie soeben im Abgeordnetenhaus;
in der Session von 1878—9 wurde es in dem letzteren von einer
Kommission vorberathen, deren Anträge jedoch nicht mehr vor
das Plenum gelangten. Begreiflich ist daher namentlich, daß die
Regierung, wie man aus dem Verhalten ihrer Vertreter während
des an dem Gesetzentwurfe vollzogenen Berichtes entnehmen
konnte, geradezu verblüfft eine Haupt- und Staats-Aktion aus
einer Vorlage erwachsen sah, welche sie bis dahin ohne Zweifel
zu den gleichgiltigeren der Session gerechnet hatte. Statt rascher
Annahme war das Resultat unter Zustimmung aller Parteien
ein negatives; nur über die Form, in welcher diese Negation
auszusprechen, bestanden Meinungsverschiedenheiten.

Erwägt man den Verlauf der Angelegenheit kühl, o muß
man — wegen der begleitenden Umstände nicht ohne eine ge-
wisse Erheiterung — sagen, daß ein Gesetz, welches durch Be-
seitigung eines halben Duzends allerdings höchst ausföhriger Be-
stimmungen annehmbar zu machen war, für diese Session
gescheitert ist, weil eine sehr charakteristische Scheu der Konserva-
tiven und Ultramontanen und eine sehr seltsame Einbildung
eines Theils der Liberalen aus den neuen Provinzen zu diesem
Ergebniß zusammenwirkten.

Das Bedürfniß nach einem Gesetze, wie das in Rede ste-
hende, ist zweifellos. Das Polizeistrafverfahren, betreffs der
Kontraventionen in Feld und Wald, muß mit den neuen Justiz-
gesetzen in Uebereinstimmung gebracht werden. Aelter aber, als
dieser formelle Grund ist der sachliche, daß über den Gegenstand
eine Fülle verschiedenartiger, gesetzlicher und Verordnungs-Be-
stimmungen vorhanden ist, welche theils unzureichend für ihren
Zweck, Schutz gegen Feld- und Forstfrevel zu gewähren,
sind, theils über das nothwendige Maß hinausgehen und
daher entweder Härten mit sich führen oder unangewendet blei-
ben, indem es nach dem tiefsinnigen Worte des Herrn v. Meyer
(Arnswalde) „nicht geht, weil es nicht geht.“ Da aber der
Schutz des Feldes und des Waldes sowohl gegen frevelhafte,
als gegen leichtfertige Beschädigung ebenso sehr ein öffentliches
Interesse als eine berechtigte Forderung der Eigenthümer ist, so
war das Zustandekommen eines bezüglichen Gesetzes durchaus zu
wünschen. Eines Gesetzes, sagen wir — denn der Gedanke
provinzieller Regelung, den Herr v. Meyer (Arnswalde) gar
noch überbot durch die Behauptung, jede Wirtschaftsweise und
jede Waldart erfordere ihre besondere Berücksichtigung, war un-
feres Erachtens einer von den nicht sonderlich ernst zu nehmen-
den Einfällen, welche parlamentarische Berathungen zu über-
wuchern pflegen, sobald eine Angelegenheit erst anfängt, schief
zu gehen; und Letzteres war hier allerdings im vollsten Maße
der Fall. Zu provinzieller Regelung liegt unseres Erachtens
nicht der geringste Anlaß vor: was dem Walde und dem Felde
in Pommern und Posen schadet, das schadet ihm auch in Han-
nover und Rheinland, und was dort unschädlich und harmlos
ist, das ist es auch hier.

Der Entwurf der Regierung enthielt unter 93 Paragra-
phen drei oder vier, welche unannehmbar waren, weil sie in
dem Bestreben, jeden Feld- oder Waldfrevel auszuschließen, so
weit gingen, das im Volksbewußtsein wurzelnde, für den Grund-
besitzer unschädliche Anrecht Aller an die freie Natur zu verklä-
mern und den hergebrachten Anspruch der ärmsten Volksklassen
auf gewisse dem Landeigenthümer nichts kostende Nebenprodukte
anzutasten. Die Kommission des Abgeordnetenhauses verschärfte
diese Bestimmungen noch einigermaßen und fügte noch einige
wenige desselben Kalibers hinzu, z. B. die, welche sogar das
Gehen über unbebaute Felder und im Walde verbieten, resp.
von einer Erlaubniß abhängig machen wollte. Mit so großem
Rechte diese Vorschläge den allgemeinen Widerspruch erfahren
haben, so scheint uns doch zweifellos, daß das Gesetz durch eine
mäßige Anzahl von Abänderungsbeschlüssen annehmbar zu gestal-
ten, daß seine Bejettigung also nicht nothwendig war. Dieselbe
ist in erster Reihe einem Umstande zuzuschreiben, dessen Hervorhebung
der Mühe werth ist, weil er die politische Situation kennzeichnet. Gegen
die erwähnten unannehmbaren Vorschläge der Regierung und der

Kommission hatte sich, namentlich von Hessen aus, in der Presse, in Versammlungen und Petitionen eine Art Volksbewegung entwickelt, welche auch anderwärts begründete Zustimmung fand. Vergleicht man das Verhalten der konservativen Presse vor und während der Anfänge dieser Bewegung mit ihrer Sprache in den jüngsten Tagen, mit welcher letzteren das Auftreten der konservativen Redner des Abgeordnetenhauses bei der entscheidenden Berathung übereinstimmte, so ist Eins vollkommen klar: den Konservativen war bange geworden. Nur eine Woche vor der Plenarverhandlung demünzte ein konservatives Blatt die heftige Agitation als „sozial-demokratisch“, während andere Organe der konservativen Presse dem Gesetztentwurf lediglich zustimmten. An dem Tage aber, an welchem das Abgeordnetenhause die Zurückverweisung an die Kommission beschloß, fand das eine dieser Blätter, daß „auch die Rechte des Hauses keine Veranlassung hat, eine Ueberstürzung zu befürworten“, und ein anderes theilte, ebenfalls in diesem letzten Augenblicke, seinen Lesern mit, es habe „in den letzten Wochen überhaupt und namentlich in den letzten Tagen aus verschiedenen Theilen der Monarchie von bewährten Freunden verschiedene Einsendungen erhalten, welche in sehr nachdrücklicher Weise gegen einzelne Bestimmungen der Vorlage auftraten.“ So ward das Gesetz fallen gelassen. Wir schließen daraus, daß die Herren Konservativen sich schon jetzt, im ersten Beginn ihrer Herrlichkeit, recht unsicher fühlen. Es muß um die „konservative Stimmung“ des Volkes doch einigermaßen zweifelhaft stehen, wenn der Konservatismus es für räthlich hält, auf so leisen Sohlen einherzuschreiten.

Mit der zuletzt erwachten Besorgniß der Konservativen vor unangenehmen politischen Folgen hat zu dem Begraben der Vorlage die Einbildung mancher neupreußischen Liberalen beigetragen, die Elbe mache eine ethnographische Grenze in Deutschland; viele von denen, welche nicht zwölf Feld- und Forstpolizeigesetze für jede preußische Provinz eines, für nothwendig erachteten, meinten doch, zwei seien unerlässlich, eines für die „rein deutschen“ Gebiete westlich und eines für die „halb slavischen“ östlich der Elbe. Wir glauben, daß es den Herren sehr schwer fallen würde, anzugeben, in welchen Punkten in Hannover oder Hessen-Nassau größere Freiheit in Feld und Wald hergebracht sei als in Schlesien, Pommern oder sogar dem, ja in der That halb slavischen Posen. Wir Deutsche östlich der Elbe sind ganz genau so, wie die „Rein-Deutschen“ zwischen Elbe und Mosel gewohnt, im Walde zu gehen und zu singen, über ein Stoppelfeld zu laufen, einen Kranz von Blättern um den Hut zu schlingen oder Walderdbeeren zu pflücken. Die Verschiedenartigkeit der Grundbesitzverhältnisse, das Ueberwiegen der größeren Güter im Osten und der Bauernwirtschaften im Westen hat mit diesen Dingen gar nichts zu schaffen: die Dorfgemeinde, welche einen Wald besitzt, läßt in demselben so wenig jeden nach Belieben schalten, wie der Großgrundbesitzer in seinem Forste. Die Hannoveraner und Hessen brachten 1866 die Vorstellung, daß wir Ostpreußen von ihnen eigentlich erst zu lernen hätten, was deutsch sei, mit in den preußischen Staat; allmählig aber könnten sie sich doch vom Gegentheil überzeugt haben.

### Deutschland.

+ Berlin, 17. Dezbr. [Deutschland und Oesterreich. Das Centrum.] In der letzten Stunde scheint es nun doch noch zu einem provisorischen Handelsvertragsverhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich kommen zu sollen. Es sind freilich nur noch vierzehn Tage bis zum Ablauf des bestehenden Vertrags, und

### Amerikanische Reklame.

Ein Beitrag zum transatlantischen Ankündigungswesen von Theodor Hermann Lange.

Ueberall tritt uns heutzutage die Reklame entgegen. Sie blickt nicht allein aus den Spalten der Zeitung, nicht nur aus Schaufenstern oder von leeren Wänden herab, sie ist allwärts, sie drängt sich von jeder Seite uns auf; wo wir gehen, wo wir stehen, macht sie sich bemerkbar.

Das Urtheil Virgils im vierten Buche seiner Aeneide über die Fama ist auch für die Reklame zutreffend: nichts schneller, nichts vielgestaltiger; nichts, was mehr an Ausdehnung zunimmt und welche mit den Füßen die Erde berührend, ihr Haupt in den Wolken verbirgt, wie J. B. Rousseau in seiner Ode an den Prinzen Eugen bestätigt.

Ob die Reklame notwendig, nützlich oder schädlich, das zu untersuchen wollen wir Andern überlassen. Genug — sie ist da, und wir können uns ihrem Einflusse und Bereiche nicht entziehen. Frankreich ist ihr Mutterland, am meisten kultivirt hat dieselbe Amerika, verbreitet ist sie natürlich über den ganzen Erdkreis, gleichviel, ob russische Branntweinbuden vor ihren Läden Branntwein ausprägen, um durch den Geruch die Bauern anzulocken, oder ob jenseits des Ozeans Brown & Co. die steilen Uferwände des malerischen Hudson-Flusses mit Buchstaben bemalen lassen, die eine Höhe von 6 bis 8 Meter erreichen und den Passagieren auf den Dampf-Booten anzeigen, daß die besten Schuh-Waaren in der Union nur Brown & Co. fabriziren.

Ich weiß nicht, ob sich, wie erzählt wird, das nachfolgende Reklame-Epitaph auch wirklich auf einem der Friedhöfe Newyorks befindet:

Hier liegt John Smith begraben. Er erschloß sich mit einem Revolver, System Colt, der auf der Stelle tödtet. Die beste Waffe für diesen Zweck. Illustrierte Preislisten gratis und franko —

Thatsache ist es aber, daß ein Blatt in St. Louis einmal die nachstehende Anzeige enthielt:

Das Geheimniß über den Tod James A. Wood's ist gelichtet. Wood hatte nämlich vergeblich einen Winterüberzieher bei

augenblicklich ist ein neues Abkommen noch nicht perfekt geworden. Allein es kann kaum ein Zweifel sein, daß bei dem beiderseitigen guten Willen, zu einem wenn auch nur provisorischen Verhältnisse zu kommen, der zuletzt eingeschlagene diplomatische Weg der Verhandlung zum Ziel führen wird. Als das merkwürdigste Ergebnis der Erfahrungen der letzten Monate bleibt festzuhalten, wie rasch man von der eine Zeitlang so sehr beliebten Verurtheilung der Politik der Handelsverträge zurückgekommen ist. Noch ehe der Autonomismus dazu gelangt, ernsthaft seine Konsequenzen zu ziehen, muß man bereits wieder zu dem mit so viel Geringschätzung behandelten System seine Zuflucht nehmen. Eine bessere Rechtfertigung seiner in den realen Bedürfnissen der Völker begründeten Zweckmäßigkeit hätte dasselbe nicht finden können. In der Blüthezeit der Schwärmerei für die „volle Autonomie“ predigte man tauben Ohren, wenn man zu bedenken gab, ob nicht die erwarteten Vortheile durch die Preisgebung der Stabilität der internationalen Handelsbeziehungen zu theuer erkauft würden. Heute fängt man an, sich wieder auf den Werth solcher Stabilität zu besinnen. Der Ausschußbericht des österreichischen Abgeordnetenhauses, mit welchem die seitens der Regierung verlangte Ermächtigung zum Abschluß eines Provisoriums zur Annahme empfohlen wird, legt einen besonderen Nachdruck auf das Verlangen nach endlicher Wiederherstellung dieser Stabilität. Man wird eine Kommission der österreichischen Volksvertretung schwerlich im Verdachte mancherlicher Liebhabereien haben. Und dennoch diese Hervorhebung des Bedürfnisses nach Wiederherstellung der Stabilität, ehe noch das System des Autonomismus eigentlich seine Wirksamkeit begonnen hat! Angesichts dieser Thatsache kann man es ruhig abwarten, ob wir im nächsten deutschen Reichstage noch einmal von dem Unglück hören werden, welches die Politik der Handelsverträge — d. h. diejenige Politik, durch welche allein eine Stabilität der internationalen Verkehrsbeziehungen gesichert werden kann — über die Welt gebracht haben soll. — Die Zentrumsparthei beginnt, nachdem sie durch den Ausgang der Eisenbahn-Angelegenheit aus der „maßgebenden“ Stellung des letzten Sommers verdrängt worden, wieder das ergötzliche Spiel, sich in die freiheitliche Toga zu hüllen. Die „Germania“ macht es den Nationalliberalen zum Vorwurf, daß sie für ihre Zustimmung zu dem Eisenbahnkauf sich nicht als Gegenleistung die Beseitigung der öffentlichen Stimmabgabe bei den Landtagswahlen und ein Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz ausbedungen hätten. Ohne Zweifel würden die Nationalliberalen mit solchen Forderungen dem Centrum einen großen Gefallen gethan haben: denn da die Regierung auf ein solches Handelsgeschäft natürlich nicht eingegangen wäre, so hätte Herr Windthorst wieder eine prächtige Gelegenheit gefunden, den „Freund in der Noth“ zu spielen. Die nationalliberale Partei ist indeß nicht gewohnt, mit ihren Abstimmungen systematisch zu markten; sie behandelt die Regierungsvorlage unter den in der Sache selbst liegenden Gesichtspunkten. Dem Centrum bestätigen wir gern, daß es im letzten Sommer anders verfahren ist. Es hat freilich für seine Annahme des Zolltarifs keine Gegenleistung auf kirchenpolitischem Gebiete verlangt — aus guten Gründen! —; aber es hat den „Antrag Frankenstein“ durchgesetzt, und es darf sich mit Genugthuung sagen, der ferneren gesunden Entwicklung des Reichs damit ein nicht unerhebliches Hinderniß beseitigt zu haben. Auf der andern Seite aber sei doch in Erinnerung gebracht, daß es gleichzeitig das Steuerbewilligungsrecht, welches der Reichstag bis dahin thatsächlich besaß und welches die Nationalliberalen erhalten wollten, preisgegeben hat. Möge die „Germania“ nicht vergessen, dem neuen Freiheitsmantel der Zentrumsparthei diese That als Dekoration anzuhängen!

Sims zu kaufen gesucht. Leider waren dieselben Tags zuvor total ausverkauft und erst heute zu billigen Preisen und bei großer Auswahl wieder am Lager. Garantiren für tadellosten Stoff, elegantes Sizen u. s. w. u. s. w. (Kaufmann Wood erschloß sich plötzlich in St. Louis, ohne daß das Motiv, welches ihn zu diesem Schritte bewogen, in Erfahrung gebracht werden konnte.)

Daß in den Vereinigten Staaten Todes-Anzeigen mit Geschäfts-Empfehlungen in Verbindung gebracht werden, ist nichts Auffälliges mehr. Nur zu oft bekommt man Annoncen wie etwa die folgende zu Gesicht:

„Unser theurer Vater, A. Hammond, ist heute früh in der zweiten Stunde sanft entschlafen. Er hinterläßt Nichts als einen ehrbaren Ruf und ein großes Lager Manufakturwaaren. Auf Weinen und Lafen legte er großen Werth, die Hemden hielt er hoch; das war sein Stolz. O möge man den kleinen Weg nicht scheuen, gewiß wird man es nicht bereuen.“

Die „höhere“ Reklame in Amerika hat sich aber in jüngster Zeit von dieser marktschreierischen Form mehr und mehr abgewandt und neue Faktoren zu ihrem Dienste herangezogen. Drama, Poesie, Märchen, Fabel, Parabel, Episode, Anekdote, Fabel, u. s. w. u. s. w., selbst Novelle und Roman arbeiten jetzt für sie. So befand sich vor etwa Jahresfrist in der „Volksstimme des Westens“ (St. Louis) ein — Feuilletton, „Die Mutterliebe“ betitelt. Der Inhalt dieses ca. 180 Zeilen zählenden Aufsatzes war kurz etwa folgender: „Was ist schöner, was anbetungswürdiger als die Liebe der Mutter zu ihrem Kinde. Ja, es ist ein göttlicher, ein himmlischer Funke, der uns hier in einem staubgeborenen Herzen entgegentritt. Heiß, leidenschaftlich mag der Jüngling die Jungfrau verehren, sich ihr und ihrem Glücke gänzlich weihen, ebenso treu, so hingebend mag das Herz der Jungfrau dem Geliebten entgegen schlagen, ja die Gattin mag für des Gatten Wohlergehen selbst den Tod nicht scheuen u. s. w. — über Allem steht ja doch die Mutterliebe. — Nunmehr folgten einige poetische Zitate aus den Dichtungen Albert Trägers, „Des Sängers der Mutterliebe“, alsdann wurde auf die heroischen Mütter Sparta's hingewiesen und ungefähr so geschlossen: „... Ja, fürwahr! sie gleicht einer Heiligen, die Mutter, die des Nachts am Krankenbette ihres Kindes auf die Athemzüge ihres gefährdeten Lieblings Stunden lang zu horchen vermag, ohne ihr Auge zum Schlafe zu schließen, allein

C. Berlin, 17. Dezbr. [Die Elbinger Debatte.]

Wer noch nicht überzeugt war, daß es in der Elbinger Angelegenheit keine Vermittelung zwischen rechts und links giebt, der konnte es heute aus der Erregung der Stimmung entnehmen, welche vom Beginn bis zum Schluß der Sitzung herrschte. Seit vielen Jahren hat das Abgeordnetenhause keine so leidenschaftlich bewegte Verhandlung gehabt; die Freikonservativen werden deshalb sehr flug thun, wenn sie, trotzdem in ihrer Fraktion eine kleine Majorität sich für den früher erwähnten Vermittelungsantrag ausgesprochen haben soll, ihn morgen so wenig wie heute einbringen, denn er würde vollkommen vergeblich sein. Aus dem ganzen Gang der heutigen Debatte ergab sich, daß die Einzelheiten des Elbinger Falls, sowohl die, welche für, als die, welche gegen den dortigen Magistrat sprechen mögen, für beide Seiten des Hauses vollständig in den Hintergrund treten im Vergleich mit der prinzipiellen Frage; es handelt sich um eine Entscheidung zwischen der Fall'schen Unterrichtspolitik und der Abwendung von derselben; wie leidenschaftlich in diesem Sinne für und gegen Partei genommen wird, das erfuhr heute jeder Redner; keiner verließ die Tribüne oder setzte sich nieder, ohne daß es zu einem förmlichen Kampf des Bravos und des Zischens gekommen wäre, keiner konnte einen besonders prägnanten Satz aussprechen, ohne daß er durch den Widerspruch der Gegner und die in Folge dessen um so lebhaftere Zustimmung der Freunde zu einer Pause genöthigt worden wäre. Nur die Rede des Referenten Grafen d'Haussonville machte hiervon eine Ausnahme. Da er nichts weiter vorbrachte, als ein Resumé des schriftlichen Berichts, so hörte man wenig darauf hin. Der ober-schlesische Landrath spricht für einen Neuling selbstbewußt und bequem — genau so sieht er auch aus. Sofort inmitten des lebhaftesten Kampfes aber befand man sich, als Gneist auf der Tribüne erschien. Er hatte seine Rede geschickt disponirt, indem er auf einige zweifelhafte Punkte seiner in der Kommission vorgebrachten Deduktion verzichtet hatte, so u. A. auf die Behauptung, daß die damalige Regierung in der elbinger Angelegenheit endgiltig zu entscheiden gehabt hätte. Wie sich hernach ergab, hatte er Herrn v. Puttkamer dadurch einigermaßen das Köpfelein verrückt, da dieser sich auf eine eingehende Zurückweisung dieses Arguments vorbereitet hatte und sich nun mit einer ziemlich kurzen begnügen mußte, die freilich insofern für Herrn Gneist etwas fatal war, als sie in einem Citat aus einem der Gneist'schen Werke bestand. Die ganze Situation konnte übrigens nicht wohl schlagender charakterisirt werden, als dadurch, daß seit vielen Jahren zum ersten Male nun wieder gerade Gneist als Vorkämpfer einer oppositionellen Minorität auf der Tribüne erschien. Daß er geistreich und eindrucksvoll sprach, braucht kaum erst gesagt zu werden; geistreich sind seine Reden alle, und eindrucksvoll sind sie namentlich dann — wenn er, was ja heute der Fall war — nicht unter dem Banne der Thatsache steht, daß seine eigenen Parteigenossen gegen ihn sind. Herr von Puttkamer, welcher sofort nach dem ersten liberalen Redner das Wort nahm, that dies mit sichtlich Freude darüber, es eine Stunde oder länger behalten zu können. Wie immer, sprach er hoch aufgerichtet, mit außerordentlichem Selbstbewußtsein, in Positionen, die immer wie gewählt zum Photographirtwerden aussehn. Sicher, wie das Auftreten, ist auch die Dialektik, die ganze Redeweise des Kultusministers; aber es fehlt ihr nicht nur an der Tiefe des Gedankens, sondern selbst heute, in einer für ihn so wichtigen Frage, vermiste man die Konsequenz, welche aus reiflicher Ueberlegung entspringt. Oder wie könnte man solch einer Deduktion nachsagen, in der zuerst die prinzipielle Bedeutung der streitigen Frage durch ein Bekenntniß zur „christlichen Schule“ auf das emphatischste betont und dann trotzdem

der Mutter gebührt der Preis, die Mutter beweist die reinste Kindesliebe, die bei der augenblicklichen nass-kalten Dezember-Witterung für ihre Töchter und Söhne die Strümpfe nur bei Lewis A. Sayre (unstreitig dem reichhaltigsten Strumpfwarenlager von St. Louis) kauft. Das Duzend wird billiger berechnet.“ Da lag der Hund begraben!

Wie die Novelle als Reklame benutzt wird, davon hier ein Beispiel.

Es mögen vielleicht acht Jahre her sein, als diverse amerikanische Blätter eine „spannende“ Erzählung enthielten, deren Inhalt ungefähr der folgende war:

Eine schöne Dame wird von unzähligen Anbetern umschwärmt. Sie begehrt von ihren Verehrern praktische Beweise ihrer Liebe. Sie will Reichthümer besitzen und die übrigen Evas-töchter durch ihre Diamanten und Perlen überstrahlen. Nun gehen die verschiedenen Helden an's Werk, um die Laune der Schönen zu befriedigen. Aber alle diese wackeren Kämpen gehen bis auf einen zu Grunde: theilweise werden sie von den Wölfen aufgefressen, theilweise von den Indianern skalpirt. Nur ein Held „arbeitet“ praktisch: er verübt einen Millionen-Diebstahl, erschießt dabei ein halbes oder ganzes Duzend Menschen, fällt aber doch noch in die Hände der Justiz. Nun, wo er Alles erreicht hat, Geld in Hülle und Fülle besitzt, welches er der Angebeteten in den Schooß werfen kann, soll er süßlirt werden. Unter allgemeiner Spannung bricht der Tag der Hinrichtung an. Die ganze Einwohnerschaft ist auf den Beinen. Der Delinquent überhaut die Schaaren der Neugierigen und erbittet sich die Gunst, zu der Menge sein letztes Wort sprechen zu dürfen. Man gewährt es ihm. Da richtet er sich auf und ruft mit lauter Stimme: Freunde, Bekannte, Mitbürger! Nehmt Euch ein Exempel an meinem Schicksale! Lebt gottesfürchtig, respektirt das Eigenthum und die Obrigkeit und . . . „Rührt die Trommel!“ kommandirt nun der Exekutions-Offizier. Aber es war zu spät; es war heraus das letzte Wort des Verurtheilten, flugleich die Pointe der Reklame-Geschichte: „und nehm keine andere Chocolade als die von Parkins u. Co.“

Daß der Bühnen-Apparat für Reklame-Zwecke arbeiten muß

versichert wurde, Herr v. Puttkamer würde nicht so entschieden haben, wie er gethan, wenn er hätte befürchten müssen, daß — in Elbing ein neu erbautes Schulhaus überflüssig, daß der Stadt somit ein finanzieller Nachtheil zugefügt würde! Da ist es trotz des donnernden Bravos, mit welchem die Rechte die Rede in einzelnen ihrer Theile und am Schluß aufnahm, begreiflich, wenn in der Frühstückspause, die während Herrn Briel's Rede eintrat, in der Restauration halb im Ernst, halb scherzend erzählt wurde, Herr Windthorst werde morgen den Kultusminister angreifen. Herr Briel, der hannoversche Partifularist, soll eine Sammlung sorgfältig vorbereiteter Boshheiten gegen Gneist und andere Liberale vorgetragen haben; auf der Tribüne konnte man indes nur das Gelächter hören, in welches das Zentrum darüber ausbrach. Die Unterbrechungen und Zwischenrufe, welche die ganze Sitzung charakterisirten, erreichten ihre größte Stärke während der dann folgenden Rede Virchow's, der kaum einen Satz aussprechen konnte, ohne daß ihm aus dem Zentrum und von der Rechten her mit Interjectionen geantwortet wurde. Vielleicht ließ er sich dadurch, während seine Rede im Uebrigen eine äußerst wirksame Kritik der Unklarheiten des Kultusministers und der Staatsgefährlichkeit weitgehender Konzessionen an die Kirchen war, bei einem Protest gegen das religiöse Element des Unterrichts weiter hinweisen, als er selbst gewollt hatte. Er gab dadurch dem Hofprediger Stöcker, der unter allgemeiner Spannung zum ersten Mal auf der parlamentarischen Tribüne erschien, die Gelegenheit zu einem, wie sich nicht leugnen läßt, sehr günstigen Debit. Hr. Stöcker spricht mit der doppelten oratorischen Geschicklichkeit des Predigers und des Volksredners, unterstützt von einem ausgezeichneten Organ und großen Selbstbewußtsein. Seine Verherrlichung des sittlichen Halts, den Millionen in unglücklichen und schwierigen Lagen des Lebens aus der Religion ziehen, war von unverkennbarer, echter Begeisterung erfüllt; der brausende Beifall, mit welchem die Rechte sie begleitete, wurde denn auch von der Linken ohne Widerspruch aufgenommen. Letztere blieb freilich weiterhin nicht aus, als Herr Stöcker auf politische Deduktionen einging. Hier wurde die Rede bei weitem flacher, als im Beginn; mit Gneist und Virchow in der eigentlichen politischen Erörterung anzubinden, ist der Held der christlich-sozialen Versammlungen denn doch noch nicht der Mann.

— Offiziös wird geschrieben: Der § 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1879, betreffend die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken ermächtigt bekanntlich den Bundesrath für Branntwein, welcher innerhalb des Gebietes der Branntweinsteuer-gemeinschaft zu gewerblichen Zwecken, einschließlich der Effig-bereitung, verwendet wird, unter den von ihm vorzuschreibenden Bedingungen und Kontrollen die Branntweinsteuer nach demjenigen Satze zu vergüten, welche bei der Ausfuhr von Branntwein vergütet wird. Unter Bezugnahme hierauf ist dem Bundesrath jetzt der Entwurf eines Regulativs, betreffend die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken vorgelegt worden. — Entsprechend dem Beschlusse des Bundesraths ist diesem jetzt eine Nachweisung vorgelegt worden, in welcher auf Grund der eingeholten Aeußerungen der Bundesregierungen diejenigen Zollstellen namhaft gemacht sind, auf die innerhalb ihrer allgemeinen Abfertigungszuständigkeit die Befugniß zur Abfertigung von Waaren der Position 2c, 1, 2, 3 (Baumwollengarn) und der Position 22a, b, e und f (Leinwand) des Zolltarifs vom 15. Juli d. J. zu anderen als den höchsten Zollsätzen zu beschränken sein wird. Es sind im Allgemeinen nur diejenigen der in Vorschlag gebrachten Stellen aufgenommen worden, für welche nach den vorgelegten Verkehrs-

ist nicht nur in Amerika Usus, wenn schon am Mississippi und Missouri diese Praxis am originellsten betrieben wird.

Der Wickerszenger Turner in Birmingham soll übrigens der erste gewesen sein, der Stiefelwiche und Drama harmonisch vereinen und dieses Mixtum dann über die Bretter, so die Welt bedeuten, gehen ließ. Da dieses Theaterstück auch in allen größeren Städten der Union mit beispiellosem Erfolge aufgeführt wurde, sei sein Inhalt kurz mitgetheilt. Der Glanzpunkt des Stückes, überhaupt das Zentrum, um das sich Alles dreht, ist die Turner'sche Stiefelwiche, die den Autor zu folgenden hochpoetischen Leistungen begeistert hat: Ein junger, hoffnungsvoller Mann leidet auf einer Reise nach Indien Schiffbruch, wird auf eine Insel zu den Kannibalen verschlagen und soll eben den Götzen geopfert werden. In diesem Augenblick gewahren die Wilden das Bild ihres Gottes auf den Füßen des Fremden. Der junge Mann hat sich nämlich vor seiner Abreise die unüber-treffliche Turner'sche Stiefelwiche gekauft, deren Glanz allen Einflüssen, selbst dem Seewasser spottet. Seine blankgewischten Stiefeln spiegeln das Bild des Götzen wieder, unter dessen Säule er gefesselt liegt. Erhöret durch dieses Schauspiel befreien ihn die Wilden aus seinen Banden und erheben ihn zu ihrem König. Doch verzichtet der so wunderbar Gerettete auf diese Würde und kehrt, „mit Schätzen reich beladen“, nach Europa zurück. Hier erzählt er seine Schicksale, und im letzten Akte kommt natürlich unter bengalischer Beleuchtung, Pauken- und Trompetenschall die Apotheose der Wiche und als Alpha und Omega aller Lebensweisheit wird verkündet: **Kauft nur Turner'sche Stiefelwiche.**

Gewiß genügen diese wenigen Beispiele schon dem, der die amerikanische Reklame nicht aus eigener Anschauung kennt. Und wie Vieles mag unter der Firma „Wissenschaft“, „Kunst“ u. s. w. einherspazieren und ist doch nichts Anderes als gewöhnliche Reklame, ohne daß das Publikum davon etwas gewahr wird. Die Reklame deswegen an und für sich zu verwerfen, wäre höchst verfehlt. Sehr richtig bemerkt der Altmeister der Reklame, Barnum, in seinem Lehrbuche: „Locke die Leute mit allen Mitteln in Deine Bude, aber wenn Du sie darin hast, dann biete ihnen auch etwas Gutes.“

ausweisungen für die letzten drei Jahre oder nach sonstigen Anzeichen die Ertheilung der bezüglichen Abfertigungsbefugniß unzweifelhaft als im Bedürfnis liegend anzuerkennen ist. Von weiteren Erfahrungen wird es abhängen müssen, ob eine Ausdehnung dieser Befugniß auf andere Amtsstellen erforderlich scheint.

— Nachdem der langjährige Generalstabs-Arzt des Heeres, der hochbetagte Dr. Grimm, den erbetenen Abschied erhalten, hat der Kaiser seinen Leibarzt, General-Arzt erster Klasse, Geh. Sanitätsrath, Professor Dr. v. Lauer, zum Generalstabsarzt ernannt. Der Leibarzt des Kronprinzen, Generalarzt des dritten Armeekorps, Dr. Wegner, ist in gleicher Eigenschaft an das Gardekorps verlegt und in dieser Stellung Lauer's Nachfolger geworden.

— An die gleichzeitige Anwesenheit des Lord Dufferin und des Grafen Schuwaloff in Varzin reihen sich zahlreiche Gerüchte. Näher als der Berliner Friede und seine mehr oder weniger erfüllten Artikel, die der Sorge des Präsidenten des Berliner Kongresses anempfohlen werden könnten, liegt es — so heißt die „N.-Z.“ — bei der gleichzeitigen Anwesenheit des seitherigen russischen Botschafters in London und des zeitigen englischen Botschafters in Petersburg beim Reichskanzler an den Stand der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland überhaupt zu denken. Die Reden der englischen Minister, namentlich die des Lord Salisbury, haben bekanntlich in Livadia lebhaften Unwillen erregt; wenn nicht von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, war doch davon die Rede, die Stelle des Botschafters in London thatsächlich unbesezt zu lassen. Fürst Lobanoff wird zwar bereits im Gothaer Kalender als für London ernannt aufgeführt, allein er hat sich bis jetzt auf diesen Posten nicht begeben und es hat darüber auch nichts darüber verlautet, daß er in der nächsten Zeit dort eintreffen werde. Was Lord Dufferin betrifft, so hat sich seine Ankunft in Berlin, die schon seit Anfang Dezember angesagt war, so lange verzögert, bis er mit Graf Schuwaloff in Varzin zusammentreffen konnte. Mehrfach wurde berichtet, daß Lord Dufferin's Aufenthalt in Petersburg vorläufig auf eine kurze Dauer berechnet sei. Wie weit die Schwierigkeiten ausgeglichen sind, die einer regelmäßig wechselweisen Vertretung der beiden Großmächte entgegenstanden, muß die nächste Zeit ja erweisen. Es ist nicht unbedenkbar, da die guten Dienste des Reichskanzlers in dieser Richtung in Anspruch genommen worden sind: die formelle Spannung, welche in einem solchen diplomatischen Zwischenzustand, wie die thatsächliche Rückziehung der beiderseitigen Botschafter wäre, zu Tage treten müßte, würde für die Zuversicht der Völker auf Aufrechterhaltung des Friedens wenig günstig sein. Auf die Gerüchte, welche die verschiedenen Zwischenfälle, die sich auf die Ausführung des Berliner Friedens beziehen, den Besprechungen der „Varziner Konferenz“ zuweisen, unterlassen wir es, weiter einzugehen. An Stoff fehlt es in dieser Richtung sicher nicht, ob die Neigung noch besonders lebhaft beim Reichskanzler ist, die Geschäfte eines ehrlichen Mäklers zu betreiben, möchte nach den gemachten Erfahrungen zweifelhafter geworden sein.

— Nachstehende Eingabe hat, wie die „Gewerbliche Zeitschrift“ mittheilt, die Handelskammer zu Dortmund an den Reichskanzler gerichtet:

Dortmund, 28. November 1878.  
 Ew. Durchlaucht beehrt sich die unterzeichnete Handelskammer ganz gehoramt auf eine Mittheilung der „Kölnischen Zeitung“ in ihrem Bericht über die Weltausstellung zu Sdney aufmerksam zu machen, welche, wenn sie sich bestätigen sollte, das sofortige und energische Einschreiten der Reichsregierung dringend notwendig erscheinen lassen würde. Der Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung“ sagt in der Nummer vom 18. November, wo er dem allgemeinen Urtheil über den faunmännischen Erfolg der deutschen Ausstellung in Sdney Ausdruck giebt:

„Früher schon seien überaus viele deutsche Waaren nach Australien gekommen, meist aber durch englische Vermittelung und nach einer

### Zum Kapitel der Vivisektionen.

Die Inanspruchnahme des Vivisektionswesens durch die Erklärung der 18 deutschen medizinischen Fakultäten sammt der Verteidigung desselben durch die Heidenhain'sche Broschüre läßt die Vorkämpfer des Antivivisektionismus nicht feiern. Professor Köllner in Leipzig, der bekannte Naturforscher und Spiritist, eifert gegen die Vivisektionen und sucht den Zusammenhang zwischen Vivisektionismus und dem religiös-sittlichen Nihilismus darzuthun; er empfiehlt statt dessen das Studium des „animalischen Magnetismus“. Ihm zur Seite tritt der Komponist Richard Wagner, in einem offenen Brief an E. v. Weber.

Er empfiehlt seinen Gegnern, sie möchten einmal „nicht sowohl in das aufgeschlichtete Innere eines lebenden Thieres, als vielmehr mit einiger Ruhe und Besonnenheit in das Auge desselben blicken; vielleicht fände der Forscher hier zum ersten Male das Allermenschenwürdigste ausgedrückt, nämlich Wahrhaftigkeit, die Unmöglichkeit der Lüge, worin, wenn er noch tiefer hineinschaute, die erhabene Wehmuth der Natur über seinen eigenen jammervoll sünderhaften Daseinsdünkel zu ihm sprechen würde.“ Die Schopenhauer'schen Anklagen sind unwertbar. Sollte sein warnendes Zeugniß ungehört verhallen und die Vivisektion in ihrer öffentlichen und privaten Blüthe fortbestehen bleiben, so wäre den Verteidigern derselben „wenigstens das eine Gute zu danken, daß wir aus einer Welt, in welcher kein Hund mehr länger leben möchte“, auch als Menschen gern und willig scheiden, selbst wenn uns kein deutsches Requiem nachgespielt werden dürfte!“

Diese Bewegung, welche den religiösen Strupeln der „Stillen im Lande“ in England und deren ebenio regem als geldkräftigem Eifer ihre erste Anregung verdankt und dort bis an die Thüren des Parlaments drang, wird in Deutschland, namentlich von Dresden aus, betrieben und hat sich Leipzig als Kampfboden ausgesucht. Für die Art dieser Agitation ist der folgende Bericht nicht ohne Interesse. Man schreibt der „N.-Ztg.“ von Leipzig vom 8. d. M.:

Die gegen die Vivisektionen gerichtete Agitation, deren Zentralpunkt in Deutschland Dresden ist, hat, wie Ihren Lesern ohne Zweifel bekannt ist, einen nicht ganz unerheblichen Boden gewonnen, namentlich ist ihr in letzter Zeit auch in Preußen durch den Beitritt einiger hochgeachteter Persönlichkeiten Unterstützung geworden. Es dürfte daher Ihren Lesern nicht ohne Interesse sein, über das Schicksal, welches dieser Bewegung hier in Leipzig in jüngster Zeit zu Theil wurde, Einiges zu erfahren. Die Urheber derselben, an der Spitze Herr Ernst v. Weber, haben ganz begreiflicher Weise sich besonders bemüht, die öffentliche Meinung Leipzigs für sich zu gewinnen; ist doch gerade das Leipziger physiologische Institut ihnen ein Dorn im Auge. Da der hier bestehende Thierschutzverein sich ihrem Einflusse bisher nicht zugänglich erwiesen hatte, so wurde vor einigen Wochen ein „Neuer Thierschutzverein“ ins Leben gerufen, der die Bekämpfung der Vivisektion zu seiner vornehmsten Aufgabe machen sollte. Dieser inaugurierte sich am 2. d. durch eine öffentliche Versammlung, in welcher Herr E. v. Weber

für die deutsche Industrie wenig schmeichelhaften Schablone: Die besseren deutschen Waaren seien durchweg unter englischer Firma in den Handel gekommen, den billigen aber hätten die Engländer alle schlechtesten Erzeugnisse ihres eigenen Landes hinzugefügt, um sie dann als „German Goods“ an den Markt zu bringen. In welcher Ausdehnung dieses Manöver stattfinden mag, vermögen wir nicht anzugeben, daß es sehr verbreitet ist, davon kann man sich in jedem Laden überzeugen. Erhält man in einem Schreibmaterialgeschäft ein gutes deutsches Papier unter englischer Firma, so wird doch der Kaufmann jede Anspielung darauf mit den Worten zurückweisen, daß er keine ordinäre deutsche Waare führe. Und dabei scheinen für ihn die Begriffe „ordinäre Waare“ und „deutsche Waare“ gleichbedeutend zu sein.“

Es liegt auf der Hand, wie sehr ein solches Verfahren den Ruf des deutschen Gewerbestiebes im Auslande schädigen muß, und daher richtet an Ew. Durchlaucht die Handelskammer das gehoramtete Ersuchen, den Kommissar des deutschen Reiches auf den australischen Weltausstellungen mit der Untersuchung dieser Angelegenheit zu beauftragen, das Resultat derselben der Öffentlichkeit zu übergeben und geeigneten Falls zum Gegenstand diplomatischer Intervention zu machen. Ehrerbietigst verharbt Ew. Durchlaucht gehoramtete Handelskammer zu Dortmund.

— Es wird nicht zu bezweifeln sein, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses in der Simultanschulfrage dem Bericht der Kommission zustimmt und damit das Verfahren des Ministers billigt. Konservative, Zentrum, Polen werden eine geringe Majorität zu Wege bringen. Eine Majorität, zu der nicht nur die Ultramontanen, sondern sogar die Polen nothwendig sind, zu der auch die Freikonservativen nicht die Hand bieten, ist wahrhaftig für einen preussischen Minister nicht gerade eine glänzende Position. Hält man der jetzigen parlamentarischen Erscheinung die aus der vorigen Woche entgegen, wo Konservative und Nationalliberale in der Eisenbahnfrage die Majorität bildeten, so tritt das Widerspruchsvolle und Verworfene unserer Situation recht grell zu Tage. Bei entscheidenden Prinzipienfragen auf dem einen politischen Gebiet die Liberale, auf dem anderen die ultramontane Unterstützung anzurufen, dürfte doch ein schwerlich lange haltbares System des Schwankens und Schaukelns sein.

— Wie die „B. B.“ hört, hat die Regierung an die einzelnen Direktionen derjenigen Bahnen, deren Verstaatlichung jetzt im Werke ist, die Anfrage gerichtet, ob sie die zur Auszahlung der stipulirten Dividende erforderlichen Fonds disponibel hätten, da es in der Absicht der Regierung liege, mit dieser Auszahlung bald nach dem Perfektwerden der Verstaatlichungs-Verträge vorzugehen. Während die Dividenden der Regel nach im Mai oder Juni zur Auszahlung kommen, würde die Vertheilung derselben, wie bei Anlagepapieren schon im Januar erfolgen können, sofern die Genehmigung der Vorlage durch das Herrenhaus und die Sanktion durch die Krone erfolgt.

— Dem von der Regierung dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Gesetzentwurf, betr. die Besteuerung des Wandlerlager-Betriebes, ist eine Nachweisung der für das Jahr 1878 ermittelten Wandlerlagerbetriebe angefügt. Danach würde diese neue Steuer nach den in dem Entwurf aufgestellten Sätzen 50, 40 und 30 Mark pro Lager und Woche im Jahre 302,000 Mark ergeben. Der meiste Ertrag würde im Regierungsbezirk Potsdam zu erzielen sein, woselbst im vorigen Jahre 452 Wandlerlager mit zusammen 1122 Wochen Dauer betrieben worden sind, während in Berlin der geringste Ertrag erzielt werden würde, woselbst im vorigen Jahre überhaupt keine Wandlerlager betrieben worden sind. Nächst dem Regierungsbezirk Potsdam zeichnen sich durch den Betrieb zahlreicher Wandlerlager aus der Regierungsbezirk Frankfurt an der Oder, der Regierungsbezirk Düsseldorf, die Provinz Hannover, die Provinz Schleswig-Holstein, der Regierungsbezirk Magdeburg.

einen Vortrag „Ueber das Verwerfliche der Vivisektion in moralischer Beziehung“ hielt. Diese Versammlung gestaltete sich, wahrscheinlich Allen unerwartet, zu einem vollständigen Fiasco des neuen Vereins, wie des Vortragenden. Die kleine Mitgliederzahl (etwa 30-40) wurde nämlich vollständig durch die Zahl der Gäste (4-500) übermogen. Größtentheils gehörten diese der akademischen Jugend an, der hiesige Bürgerstand war nur äußerst schwach vertreten. Herr v. Weber konnte auch in diesem Vortrage den wesentlichen Charakter seiner Agitation nicht verleugnen und stellte denselben nicht auf den Boden einer rein sachlichen Erwägung, sondern bewegte sich vorzugsweise in leidenschaftlichen, größtentheils persönlichen Angriffen. Neu waren uns seine geradezu fabelhaften Anklagen gegen den Stand der Ärzte; er bemühte sich, den demoralisirenden Einfluß der vivisektoriellen Schulung darin nachzuweisen, daß der Arzt gelernt habe, seinen Patienten nicht als Objekt seiner Hilfe, sondern als „Versuchsmaterial“ anzusehen, wodurch die Hospitäler in „praktische Laboratorien“ verwandelt seien. Daß für derartige Behauptungen auch nicht der Schatten eines Beweises beigebracht werden konnte, brauche ich Ihre Leser kaum zu versichern. Diese Art, den Gegenstand zu behandeln, rächt sich natürlich sofort durch den Unwillen der Versammlung, welcher im höchsten Maße erregt wurde. Da die Möglichkeit ruhiger sachlicher Verhandlung von vornherein durch die Beschaffenheit des Vortrags abgeschnitten war, so hatte man nun wenigstens die Möglichkeit, sich von den Sympathien der Anwesenden in unzweideutiger Weise zu überzeugen. Wir erwähen in dieser Beziehung nur, daß ohne vielfache Intervention des Präsidiums Hr. v. W. seinen Vortrag überhaupt nicht hätte zu Ende bringen können, daß er wiederholt durch stürmische Hochs auf Ludwig (immer wenn er diesen am bestigsten angriff) unterbrochen wurde, und daß auch nach Schluß der Versammlung diesem eine Ovation gebracht wurde, an welcher sich fast Alle beteiligten.

Eine zweite Niederlage erlitten dann die Gegner der Vivisektion gestern in einer Generalversammlung des (alten) Thierschutzvereins. Der Vorstand desselben hatte schon vor geraumer Zeit hinsichtlich der Vivisektion sich der Erklärung des rheinisch-westfälischen Thierschutzverbandes angeschlossen, worin dieselbe als berechtigt und nothwendig anerkannt und nur ihre Einschränkung auf das möglichst geringe Maß angestrebt wird. Dieser Erklärung schloß sich nun auch das Plenum des Vereines an, und zwar mit 140 gegen 3 Stimmen! Aus dem Angeführten wird Ihnen die jedenfalls beachtenswerthe Thatfache hervorgehen, daß die von Herrn v. Weber geschürte Bewegung hier trotz aller Anstrengungen keine nennenswerthen Sympathien erworben hat. Vielmehr prallt der abgeschleifte Pfeil auf den Schützen zurück und eine gewisse Erbitterung fängt an, sich gegen ein Auftreten geltend zu machen, das nicht nur verdiente Persönlichkeiten, sondern einen ganzen Stand auf das Schwerste beleidigt.

Verhältnismäßig gering ist der Wanderlager-Betrieb in den Regierungsbezirken Gumbinnen, Koblenz, Münster, Aachen, Stralsund, Danzig, und am geringsten in dem Regierungsbezirk Köln, wofolbst im Jahre 1878 nur 33 Wanderlager mit einer Gesamtzahl von 51 Wochen betrieben worden sind.

Der Bundesrath hat den Gesetzentwurf über Verlängerung der Statsperioden mit Einstimmigkeit genehmigt. In Voraussicht dessen ist die Aufstellung des Reichsstaats in seiner bevorstehenden Session vorzulegenden Reichshaushalt es bereits für die Rechnungsjahre 1880 bis 1881 und 1881-82 erfolgt. Die Anordnung ist derartig getroffen, daß die Ziffern für die beiden Rechnungsjahre gesondert und zwar in zwei Kolonnen neben einander aufgeführt sind. Dieser „zweijährige Etat“ giebt einigermaßen die Gewähr dafür, daß die im Prinzip beschlossenen Erhöhungen im Militäretat nicht vor Ablauf des Septennats mit Ende 1881 beantragt werden. Da die neue verlängerte Statsperiode mit dem 31. März 1882 abschließt, so würden die zu erwartenden Vorschläge der Verwaltung des Reichsheeres genau mit der Aufstellung des nächstfolgenden zweijährigen Stats zusammenfallen.

Der Gesamtvorstand der Stiftung für die Hinterbliebenen der auf dem „Großen Kurfürst“ untergegangenen Seelente versammelte sich am Sonnabend (13.) in den Geschäftsräumen des Zentralkomite's der Vereine zur Pflege erkrankter und verwundeter Krieger. Die Kaiserin hat neuerdings den Sitzungssaal wahrhaft reich und vornehm ausschmücken lassen. Ein Fries mit den farbigen Wappen aller deutschen Staaten läuft um die ganze Decke. An der Fensterwand prangt der Reichsadler. Dunkelgrün gepolsterte Sessel und Bänke umgeben den großen Präsidialtisch und laufen an den Seiten auf Podien entlang. Zwei in die Südwand eingelassene Tafeln nennen die dem Verbands angehörigen Vereine. Zwischen ihnen über einer Regulatoruhr zeigt sich das Relief-Portrait des Kaisers. Im Vorsaale, in einem Schranke, befindet sich eine vollständige Muster- und Modell-Sammlung von Gegenständen, die zur Kranken- und Verwundetenpflege dienen. Herr Präsident v. Solleben eröffnete die Sitzung, dann erbat der Regierungsrath daß, der Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses, den Rechenschaftsbericht für 1879. Mit dem „Großen Kurfürst“ sind 269 Personen untergegangen. Von 226 derselben waren Hinterbliebene zu unterstützen. Eine einmalige Unterstützung erhielten 70 Personen, eine dauernde 156 Personen. Die einmaligen stiegen von 100-500 Mark und betrugen 13,900 Mark. Laufende Unterstützungen erhielten 13 Wittwen à 300 Mark, eine 1200 Mark, sowie eine Mutter, die den einzigen Ernährer verloren, 500 Mark, in Summa 5480 Mark. 14 Waisen erhielten je 3000 Mark. Nach Ablauf des 14. Lebensjahres treten sie in den Zinsgenuß, bei Majoratmitteln, Verheirathung oder Etablierung in den Besitz der Summe; macht 42,000 Mark. Jahres-Pensionen erhielten ferner 1 Person à 180 Mark, 22 à 150 Mark, 106 à 120 M., 18 à 100 Mark und 1 à 60 Mark = 17,970 Mark. Die Gesamtsumme der Jahres-Pensionen für 1879 belief sich auf 23,450 Mark. Das Stiftungskapital beträgt 211,850 Mark. Hierzu traten 1879 an außerordentlichen Einnahmen 15,702 Mark. Die Admiralität verwaltet außerdem noch ein größeres Kapital für dieselben Zwecke selbstständig. Nach dem Bericht des Schatzmeisters, Kommissionsrath Veit, stellt sich die Bilanz auf 339,485 Mark in Einnahme und Ausgabe. Die Dauer der Stiftung ist auf 14 Jahre bemessen.

**Aus Kassel,** 15. Dezember, wird der „Magdeb. Ztg.“ berichtet: Aus guter Quelle erfahre ich, daß die Vergleichsverhandlungen der hessischen Agnaten mit der Krone Preußens zu keinem Resultat geführt haben. Landgraf Alexis von Philippsthal-Barchfeld, so wie Landgraf Ernst und Prinz Karl von Philippsthal-Philippsthal haben allerdings wiederholt ihre Geneigtheit zur Annahme einer Appanage gezeigt, sind aber mit der Höhe derselben, für jeden 12,500 Thaler, nicht zufrieden. Prinz Wilhelm von Hessen-Philippsthal-Barchfeld hat sich den Verhandlungen gegenüber, in so weit nur Jahresrenten in Betracht kommen, ablehnend gezeigt und folgende Antwort ertheilt:

„Auf die mir unterm 2. Dezember zugesandten, seitens der königl. Regierung gemachten Vergleichsvorschläge erkläre ich hierdurch unabweislich, daß ich nicht auf dieselben oder auf etwas Ähnliches eingehen werde. Es ist hier einzig und allein nur die Frage, gehört das kurhessische Familienfideikommiß Preußen, oder gehört es der kurhessischen Fürstnfamilie? Ist Letzteres der Fall, so hat Preußen dieses Privateigentum herauszugeben, und ist Preußen wegen der Uneinigkeit der Agnaten in Verlegenheit, an wen, so hat es dieses dem Gericht vorzutragen mit der Bitte, Sequestration darüber anzuordnen. Dann ist es die Sache der Agnaten, sich unter sich über die Verwaltung und Nutzung dieses ihres Vermögens zu einigen oder diese Frage durch die Gerichte entscheiden zu lassen: Preußen aber hat sich in diese Verhandlungen oder Rechtsstreite durchaus nicht einzumischen. Die hierauf hinzuziehenden Einreden, insbesondere die auf vermeintliche Vorrechte des Primogenitus, sind Einreden aus den Rechten Dritter entnommen, mit welchen Preußen platterdings nichts zu schaffen hat und aus denen es für sich selbst absolut keinerlei Rechte auf unser Familienfideikommiß herleiten kann. Landgraf Friedrich hat 1873 bei Lebzeiten des Kurfürsten, also als kurhessischer Fideikommissarwarter, das ganze Fideikommiß der hessischen Fürstnfamilie hinter dem Rücken der übrigen Familienmitglieder an Preußen verkauft, hat dasselbe für preussisches Staatseigentum erklärt und hat auf alle seine und seiner Linie Rechte an demselben verzichtet, weshalb er in 1875 beim Tode des Kurfürsten, als er Primogenitus wurde, selbstverständlich unmöglich noch irgend welche Rechte an dem Vermögen besitzen konnte, eben so wenig wie Preußen aus einem solchen, gänzlich rechtswidrigen Verkauf fremden Eigentums irgend welche Rechte darauf herzuleiten im Stande sein kann. Wenn auch gewöhnlich bei fürstlichen Fideikommissen die Primogenitur-Erbfolge für die Nutzung derselben besteht, so ist dies durchaus kein Gesetz; bei dem kurhessischen Familienfideikommiß aber ist der Primogenitus als solcher von der Nutzung ausdrücklich ausgeschlossen, indem durch das Gesetz bestimmt wurde, daß nur dem kurhessischen Landesherren von dem Tage seines Regierungsantritts die Nutzung gehören solle, während zugleich darin festgesetzt ist, daß das Vermögen das unabweisliche ausschließliche Eigentum der kurfürstlich hessischen Familie sei, welche niemals unter dem Vorgeben irgend einer anderen Eigenschaft von dem Staate oder sonst in Anspruch genommen werden dürfe. Das Gesetz besteht noch in voller Kraft, eben so wie alle über die Theilung des dynastischen kurhessischen Gesamtvermögens in 1831 erlassenen Gesetze. Sämtliche durch diese Gesetze dem kurhessischen Staate auferlegten gesetzlichen Verpflichtungen und alle dadurch erworbenen Berechtigungen sind mit dem Hessenlande als heilig zu halten auf Preußen übergegangen und stehen unter dem Schutze der preussischen Verfassung. Daß ich mich demnach nicht auf Grund des rechtswidrigen Verkaufsvertrages des Landgrafen Friedrich über unser Familienfideikommiß in Vergleichsverhandlungen mit Preußen einlassen kann, ist selbstredend, und eruche ich meinen Kommissar, diese meine Erklärung den Herren Regierungskommissaren gefälligst mitzutheilen.“

**Österreich.**

Die Mittheilung des „N. Wiener Tageblattes“ über die Audienz des Fraktionsvorstandes der Libe-

ralen, Dr. A. Weeber, bei Kaiser Franz Joseph, wird in einer Zuschrift an das genannte Blatt in folgender Weise berichtet. Herr Dr. Weeber schreibt:

„Ich bin, konstitutionellen Grundsätzen entsprechend, nicht in der Lage, diese Audienz bei Sr. kaiserl. und königl. Majestät näher zu besprechen, sondern erkläre hiermit bloß, daß die Mittheilungen in Ihrem Blatte in mehreren Punkten unklar und unrichtig sind; insbesondere muß ich jene Stelle des Artikels, in welcher von den Wünschen und Bestrebungen der Verfassungskommission gesprochen wird und es weiter heißt: „Im Gegentheil, das Kabinett werde sofort, wenn die Verfassungskommission das Vergehen im Sinne der Vorlage votirt haben werde, mit der linken Seite des Abgeordnetenhauses in engere Fühlung zu treten suchen; im entgegengesetzten Falle aber werde die Regierung genöthigt sein, sich immer mehr der rechten Seite des Hauses zu nähern“ — als vollständig unklar und erfunden bezeichnen. Es ist auch unklar, daß ich eine solche Mittheilung im Klub der Liberalen gemacht habe und ich füge bei, daß ich dieses Schreiben heute im Klub der Liberalen vorgelesen habe und daß derselbe einstimmig diese Berichtigung als der Wahrheit entsprechend genehmigt hat.“

Im österreichischen Abgeordnetenhause kam am Montag die Vorlage zur Verhandlung, welche die Regierung ermächtigt, den bestehenden Handelsvertrag mit dem deutschen Reiche auf ein halbes Jahr zu verlängern oder im Verordnungswege die bezüglichen Verkehrsverhältnisse provisorisch zu ordnen. Die Diskussion, in welche die Regierung eingzugreifen unterließ, war nur dadurch von Interesse, daß sie den Beweis lieferte, wie man drüben in Hinsicht der künftigen Ordnung der Verhältnisse eben so rathlos ist, als hien. Das Sachliche hat der Abg. Mauthner vorgebracht, aus welchem wir folgenden Auszug geben, damit unsere Leser sehen, daß, wenn im deutschen Reichstage derselbe Gegenstand verhandelt worden wäre, mutatis mutandis dieselbe Rede gehalten worden wäre.

Abg. Mauthner erklärt, für die Vorlage zu stimmen, und bemerkt, es sei allerdings nicht zu leugnen, daß Hand in Hand mit der Tendenz des Reichskanzlers, durch seine Zollvorlagen die finanzielle Regelung des deutschen Reiches zu vollziehen, auch die Absicht ging, der dortigen bedrängten Industrie und Landwirtschaft einen Schutz zu gewähren. Allein die Spitze dieser Maßnahme richtete sich nicht gegen Oesterreich, sondern vorzüglich gegen England, Amerika und Frankreich. Man könne daher annehmen, daß ein freundschaftliches handelspolitisches Verhältnis mit Deutschland etabliert werde. Um so mehr mußte es überraschen, daß unsere Delegationen in Berlin kein Entgegenkommen gefunden haben. Wenn sich Redner gleichwohl bei der gegenwärtigen Sachlage für den Entwurf ausspreche, so liege der Grund mit Rücksicht auf den Umstand, daß von Seite der diesseitigen Regierung gar keine weiteren Aufklärungen über weitere Intentionen gegeben wurden, in den Bemerkungen, welche der ungarische Ministerpräsident aus Anlaß der Berathung der Vorlage im ungarischen Reichstage gemacht hat, welche dahin lauten: Sehr wichtige, nicht bloß ökonomische, sondern politische Motive machen es viel wahrscheinlicher, jetzt erfolgreicher jeden Handelsvertrag abzuschließen zu können, als damals, da die seither im Wege der Gesetzgebung zur Geltung gebrachte Tendenz diesen erfolgreichen Abschluß verhinderte. Redner erklärt, namentlich deshalb für die Regierungsvorlage zu stimmen, weil im gegenwärtigen Momente ein anderer Modus nicht denkbar erscheint und er werde auch für die sechs Monate stimmen, weil er wünsche, daß die Verhandlungen endlich einmal gründlich und sachlich geführt werden. Nur auf einen Auspruch des deutschen Reichskanzlers möchte Redner den Handelsminister aufmerksam machen. Der Reichskanzler hat nämlich bei Gelegenheit der Berathung über die Zollvorlagen im deutschen Reichstage gesagt: „Der Weg der Handelsverträge ist unter Umständen ein sehr günstiger. Es fragt sich nur bei jedem Vertrage: Wer wird über-vorthheit? Einer in der Regel, und man kommt erst nach einer Anzahl von Jahren dahinter, wer es eigentlich sei.“ Ich will nicht fürchten, daß wir es sein werden, aber ich wünsche sehr, daß wir nicht, wie es bei früheren Handelsverträgen so oft geschehen, abermals die Rolle des Geschiedenen spielen und nachgeben.

Der freihändlerische Abgeordnete Granitsch hatte mit Wärme für die Aufrechterhaltung des Veredelungsverfahrens plaidirt und sich dadurch die bei solchem Anlaß immer sich wiederholende Vorhaltung, die diesmal der schutzösterreichische Abg. Neuwirth ertheilte, zugezogen, daß man durch solche Gegenstände die Position des eigenen Staats in den Unterhandlungen schwäche. Der Abg. Friedrich Sue wollte aus politischen Gründen die Ermächtigung nur auf die Dauer von zwei Monaten ertheilen, da in sechs Monaten die Regierung zu vielen Versuchsungen ausgesetzt sein werde und in die Lage kommen müsse, um der hohen Politik willen die volkswirtschaftlichen Interessen zu vernachlässigen. Sein Antrag wurde abgelehnt, die Regierungsvorlage angenommen. Das ist ungefähr Alles, was aus dem Sitzungsberichte zu reproduzieren wäre. Von heute bis zum Ablauf der Vertragsfrist laufen nur noch zwei Wochen und das stehende Bulletin vom Verhandlungsschauplatz lautet noch immer: „Nichts Neues.“

**Telegraphische Nachrichten.**

**Wien,** 18. Dez. In der Antwort des Kaisers auf die Ansprache des Präsidenten der Delegationen heißt es: Es gereicht Mir zur Befriedigung Ihnen auch diesmal sagen zu können, daß die Beziehungen der Monarchie zu allen auswärtigen Mächten fortdauernd freundschaftlich sind. Ich hoffe, daß die Segnungen des Friedens Meinen Völkern ungetrübt erhalten bleiben wird. Das innige Einvernehmen zu dem deutschen Kaiserreiche bietet Mir verstärkte Bürgschaft dafür, daß eine allgemeine Beruhigung eintreten werde, welche der friedlichen Arbeit volle Entfaltung sichert.

**Petersburg,** 18. Dez. Der „Regierungsbote“ meldet: Die Besserung der Gesundheit der Kaiserin im südlichen Klima hat den gehegten Erwartungen nicht entsprochen. In dem chronischen Leiden des rechten Lungenflügels hat keine Veränderung zum Bessern stattgefunden. Gegewärtig ist dieses Leiden durch hinzu getretenes Pleuritisch komplizirt.

**Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.**

Berlin, 18. Dezember, 7 Uhr Abends.

[Abgeordnetenhause-Sitzung.] Fortsetzung der Berathung des Berichts der Unterrichtscommission über die Elbinger Petition. Petri gegen den Kommissionsantrag: Die formelle Berechtigung des Kultus-

ministers zu dem Vorgehen in der Elbinger Angelegenheit bestreite er nicht; Redner betont, daß die Simultanschule in Rastau bereits seit 60 Jahren bestehe und die segensreichsten Früchte getragen habe. Ihre schönste Frucht sei der konfessionelle Friede gewesen.

Jazdzewski für den Kommissionsantrag. Jazdzewski führt aus, er und seine Gefinnungsgenossen hätten die Darlegungen des Ministers mit Freuden begrüßt, da sie Besserung auch speziell der Zustände im Posenischen in Aussicht stellten.

v. Sybel erklärt, er und seine politischen Freunde seien der Ansicht, daß Anlaß zu irgend einer prinzipiellen Diskussion nicht vorliege. Sie seien der Meinung, daß je nach den Umständen konfessionelle und paritätische Schulen ihre Berechtigung haben können. Seine Parteigenossen würden für den Antrag Gneist stimmen; sie könnten die Entscheidung des Ministers nicht billigen, weil nach der thatsächlichen Lage der Dinge res integra nicht mehr vorhanden war.

Unterstaatssekretär Gofler tritt den Deduktion der Gegner des Kommissionsantrages in einzelnen Punkten entgegen und kritisiert das Separatvotum Gneist's.

Röderath für den Kommissionsantrag und gegen die Ausführungen v. Sybel's und Petri's. Er bemängelt die Gemeindefreiheit in Schulsachen, beschwert sich über die Unduldsamkeit der Elbinger Behörde gegenüber der Minorität und vertheidigt die Verfügung des Kultusministers. Hierauf wird die Diskussion geschlossen. In einer persönlichen Bemerkung behauptet Stengel, daß durch den Schluß der Debatte man ihm und seinen politischen Freunden (den Freikonserverativen) das Wort abgeschnitten habe. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Gneist, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, mit 245 gegen 147 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag Gneist stimmen geschlossen die Konservativen, die Polen und das Zentrum und der größte Theil der Freikonserverativen. Dafür stimmte auch der Minister a. D. Falk. Hierauf wird der Antrag der Kommission mit großer Majorität angenommen. Nächste Sitzung Freitag; Interpellation Güne, betreffend den Notstand in Oberschlesien.

**Köln.** Die Generalversammlung der Rheinischen Eisenbahn nahm mit 102,088 gegen 27,356 Stimmen die Regierungsproposition an.

**Strasburg.** Am Schluß der gestrigen Abendtafel, woran die meisten Landesauschusmitglieder theil nahmen, hielt Statthalter Frhr. v. Manteuffel eine Ansprache und hieß dieselben herzlich Willkommen. Es sei ferne von ihm, Diejenigen richten zu wollen, die Elsaß-Lothringen den Rücken wendeten, die Kinder nicht auf ihrem Heimathsboden erzogen und sich fernhielten von den Beratungen der Kreistage, der Bezirkstage und des Landesauschusses. Freiherr von Manteuffel bezeichnete es als seine Aufgabe, Elsaß-Lothringen seine volle Selbstständigkeit in der Gesetzgebung und in der Verfassung des Reichs zu erstreben. Elsaß-Lothringen sei nicht okkupirt, nicht annektirt, sondern nach einem aufgeführten Kriege revindizirt worden. Elsaß-Lothringen, vor tausend Jahren dem deutschen Reiche gewonnen, sei, als das deutsche Reich von seiner Weltstellung herabsank, an Frankreich verloren gegangen, und jetzt, wo das deutsche Reich wiedererstand, dem deutschen Reiche wieder zugesprochen worden. Gleichberechtigt mit allen anderen Reichsländern habe Elsaß-Lothringen seinen Platz wieder einzunehmen; es befinde sich jetzt in einer Uebergangsperiode. Wir wollen ehrlich und offen zusammenhalten, alles Schwere uns gegenseitig tragen helfen und durch weises Maßhalten in richtiger Erkenntniß der Verhältnisse die Uebergangsperiode selbst abkürzen. Frhr. v. Manteuffel schloß mit einem Hoch auf Elsaß-Lothringen.

**Wien.** Die Antwort des Kaisers auf die Ansprache der beiden Präsidenten der Delegationen lautet: Ich danke Ihnen für die Versicherungen treuer Hingebung, welche sie mir soeben ausgesprochen haben, die mich stets mit gleicher Freude und Genugthuung erfüllen. Nicht minder herzlich danke ich für die Erinnerung an die 25jährige Feier meiner Vermählung, welche mir und der Kaiserin Königin so unvergessliche rührende Beweise von Liebe und Anhänglichkeit aller meiner treuen Völker gebracht hat. Es folgt dann der telegraphirte Passus, dann heißt's weiter: Wenn auch die Nachwirkungen des Krieges in den Gebieten des türkischen Reiches noch nicht gehoben sind, so darf doch erwartet werden, daß die konsequente Durchführung des berliner Vertrags auf der Balkan-Halbinsel den vollen Frieden bringen wird.

**Wien.** Die Ansprache des Präsidenten v. Schmerling drückt die tiefste Ehrfurcht und treueste Ergebenheit für den Kaiser und die eifrigstvollsten Glückwünsche der Delegation bezüglich des Jubelfestes im Frühjahr aus und fährt sodann fort, die Aufgabe der Delegation sei eine bedeutende, denn sie soll die Anforderungen prüfen, die für die Vertretung Oesterreichs auf dem völkerrechtlichen Gebiete und für die Heeresmacht zur Wahrung der Sicherheit und Integrität des Reiches gestellt werden. Die Aufgabe sei auch eine schwierige, weil auch die finanziellen Hilfsquellen, die Leistungsfähigkeit der Bürger in sorgfältige Erwägung zu ziehen sind. Aber diese Bedenken dürfen und werden die Delegation nicht abhalten, mit aller Kraft an ihre Mission zu gehen. Sie kann voraussetzen, daß auch die Regierung bei den Vorlagen den Zeitverhältnissen in jeder Richtung Rechnung getragen hat und daß dadurch eine Uebereinstimmung ihrer Postulate mit den gerechten Erwartungen der Delegation herbeigeführt wird. Mit dieser Hoffnung dürfen wir einer gedeihlichen Lösung der schwebenden Fragen entgegensehen. Die Ansprache schließt mit der Bitte um die Gnade und das Vertrauen der Majestät.

**Madrid.** Die Journale veröffentlichen eine Erklärung der Deputirten und Senatoren der Minorität über die Nichttheilnahme an den Sitzungen, worin sie politische Gründe für ihr Auftreten in Abrede stellen.





# Weihnachten 1879.

**Eduard Tovar's Ausstellung war noch nie so reich assortirt wie in diesem Jahre. Unstreitig die großartigste Auswahl der bis jetzt erschienenen Neuheiten!**

Zur diesjährigen Weihnachts-Saison erlaube das geehrte Publikum von Posen und Umgegend auf die Reichhaltigkeit meiner Ausstellung ganz ergebenst aufmerksam zu machen. Die jetzigen gedrückten Geschäftsverhältnisse stellen mich in die Lage, sehr billig einzukaufen, habe daher meine Waaren mit **ungemein niedrigen Preisen** notirt. Von den tausenden Gegenständen hebe hervor:

Pariser Blumenständer, Etagères, Salon-, Spiel- und Arbeitstische mit und ohne Perlmuttereinlage, Vasen in den verschiedensten Größen und Modells, Aquarien, Tafelaufsätze, Jardinières, Visitskartenschaalen, Schreibzeuge, Tischglocken, Uhrhalter, Handschuh-, Schmuck-, Tabak-, Cigarren- und Theekasten, etc. etc. in Bronze, Silberoxyd, Galvanoplastik, Porzellan und Holz, ferner Arm- und Tafelleuchter, Statuetten, Gruppen etc. etc., Majolica-Vasen, Jardinières, Töpfe, Schaalen, wie auch eine **prachtvolle Collection Pariser Blumen und Blatt-Pflanzen in feinsten Ausführung**. Damen- und Herren-Schmuckgegenstände in echt und imitirt. **Simili-Brillanten** in echt gefaßt mit **immensom Feuer** von den echten nicht zu unterscheiden. Neuheiten in Corallen, Ametiste, Topase, Onix, Lava, Oxyd, Jett, Caméen, Bernstein, ferner reichhaltiges Lager Talmi-Uhrketten für Damen- und Herren, Manchettenknöpfe, Haarnadeln, Medaillons, Aufsteckkämme, Haar-Pfeile, Silber-Colliers etc.

**Ball- und Promenaden-Fächer** in den schönsten Mustern, alle Möglichen fortirt von 75 Pf. bis 100 Mark pro Stück. **Stets das Neueste.**

**Abtheilung für Gegenstände à 75 Pf. pro Stück ist ebenfalls neu reich assortirt.** diese Abtheilung ist zusammengestellt aus den verschiedensten Artikeln, welche sich trotz des **staunend billigen Preises**, durch ihre **niedlichen Ideen** und **saubere Arbeit**, zu kleinen Weihnachts- und Gelegenheits-Geschenken vorzüglich eignen, **fortwährend Neuheiten** und hebe ganz besonders hervor

**Kinder-Spielzeug in der größten Auswahl.**

Aufträge nach **Außerhalb** werden gegen **Nachnahme** oder **vorherige Einwendung** des Betrages **streng gewissenhaft** effectuirt. **Feste Preise.**

Paris. **Eduard Tovar**, Leipzig.  
Posen, Berliner- und Bismarckstrasse.

**Wiener und Offenbacher Lederwaaren** mit und ohne Sticerei, das Beste was in diesem Genre geliefert wird, Cigarren- und Cigarrentaschen, Visites, Albums, Staffeleien, Spiegel, Necessairs für Damen und Herren, Reise- und Courirtaschen etc. etc. Gegenstände mit Musik in schönster Auswahl.

**Japan- und Chinawaaren** (Directer Import) als Tablettes in allen Größen und Formen, Schmuckspinde, Stumme Diener, Tabak-, Cigarren-, Thee- und Zuckerkasten, Bonbonnières in allen Sorten, Handschuh- und Schmuckkasten mit und ohne Perlmutter, Gläser- und Flaschenuntersetzer.

**Sämmtliche Artikel Prima Qualität für deren Echtheit garantirt wird.**

**Neu! Räucher-Apparat. Neu!**  
**Allein-Verkauf.**  
ganz besonders mache auf diesen reizenden Gegenstand aufmerksam.

## Orchestrionettes

Patentirt in ganz Europa und Amerika.

Die Einrichtung dieses patentirten Musikwerkes unterscheidet sich von den bisher üblichen Musikwerken darin, daß man **jedes Musikstück**, auf demselben Instrument **ohne irgend welche Veränderung sofort** nur durch Einlegen eines neuen Notenblattes spielen kann, **jedes neue Musikstück wird sofort** nachgeliefert.

## Königlich Preussische Staats- und vom Staate verwaltete Privatbahnen.

Die nachweislich zur Unterstützung der Nothleidenden einzelner Kreise Oberschlesiens bestimmten milden Gaben an Kleidungsstücken, Lebensmittel, Brennmaterial u. s. w. werden auf den Preussischen Staats- und vom Staate verwalteten Privatbahnen **frachtfrei** befördert.

Die näheren Bedingungen, unter welchen diese frachtfreie Beförderung erfolgt, sind mit dem „**Nothstands-Ausschuß der verbündeten Vaterländischen Frauenvereine in Breslau**“ vereinbart.

Dieser Personen, welche derartige Sendungen befördern lassen wollen, werden daher ersucht, zunächst mit dem genannten Nothstands-Ausschuß in Verbindung zu treten, welcher auch speziell für den vorliegenden Zweck gefertigte Frachtbrief-Formulare zur Verfügung stellen wird.

Breslau, den 17. Dezember 1879.

Königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

## Posener Aktien-Brauerei-Gesellschaft „Feldschloß“.

Auf Grund § 29 und § 42 des Statuts laden wir die Aktionäre unserer Gesellschaft zu einer außerordentlichen Generalversammlung auf **Sonabend, den 3. Januar 1880, Vormittags 11 Uhr**, in unser Geschäftslokal, St. Martin Nr. 45 hier, ergebenst ein.

**Tagesordnung:**

Antrag des Aufsichtsraths auf Liquidation der Gesellschaft (§ 41 d. St.) und event. Wahl der Liquidatoren etc. (§ 43 d. St.)

Dieserjenigen Aktionäre, welche an der außerordentlichen Generalversammlung theilnehmen wollen, haben ihre Aktien bis zum 2. Januar 1880, Abends 6 Uhr, bei unserer Gesellschaftskasse zu deponiren.

Posen, den 17. Dezember 1879.

Der Aufsichtsrath.

Zu den bevorstehenden Feiertagen empfehlen:

**Lübecker und Königsberger Marzipan, Thorner Pfefferkuchen von Gustav Weese, Liegnitzer Bomben, franz. Wallnüsse, Lamberts- u. Amerikanische Nüsse, Feigen, Datteln, Görzer Maronen, grosskörnigen Astrachaner Perl-Caviar, Rügenwalder Gänsebrüste, geräuch. Weser-Lachs, Strassburger Gänseleber - Pasteten, Riesen-Stengel-Spargel, junge Schooten und eingemachte Früchte, sowie alle Sorten getrocknete Pilze, in- und ausländische Liqueure, sowie auch Roth-, Rhein-, Mosel- und Champagnerweine.**

Um alle Bestellungen auf lebende Karpfen sowie frische Lachse, Zandern und Hechte etc. recht pünktlich ausführen zu können, bitten wir um gefällige rechtzeitige Bestellungen.

**W. F. Meyer & Co.,**

Wilhelmsplatz 2.

## Gicht & Rheumatismus.

Der patent. **Werner'sche** Apparat, welcher schon Tausende von diesen schrecklichen Leiden befreite, ist zu beziehen à 5 Mk.

**Elnain-Helberger, Frankfurt a. M.**

Ärztliche Atteste und Dankfragungen werden gratis beigelegt.

## Der Bazar

Illustrirte Damenzeitung.

26. Jahrgang. Preis vierteljährlich für 12 reich illustrierte Nummern incl. der **colorirten Modenbilder** 2½ Mark (in Oesterreich nach Cours). Bestellungen auf diese beliebte und weltverbreitete Modenzeitung nehmen alle Buchhandlungen und Postämter entgegen.

## Schönstes Weihnachtsgeschenk!



Der beste Revolver nißt nichts, wenn man nicht trifft. Um damit ein guter Schütze zu werden, muß man wenigstens drei Mal den Anschaffungspreis an Munition verausgaben.

Die neue **Luftpistole** des Eisenwerkes Gagnon bei Belfort (Baden) giebt die Gelegenheit, im Zimmer ohne Lärm und ohne Ausgeben für Munition ein guter Bistolschütze zu werden. Diese ausgezeichnete Lebewaffe knallt nicht und giebt auf 15 Meter noch einen sternförmigen mit solcher Kraft ab, daß der Bolzen 6 Millimeter tief in ein Brett eindringt, oder die Kugel einen Vogel tödtet. Das Laden geschieht leicht mit 4 Griffen. Derselbe Bolzen kann über tausend Mal verwendet werden. Durch Maschinenfabrikation mit Spezialmaschinen kann eine vorzüglich konstruirte, elegant und dauerhaft vermittelte Pistole mit 6 Bolzen und 100 Kugeln in Sammetetuis für 12.50, geliefert werden. Extra-Bolzen das Duzend zu 1.1. und Extra-Kugeln das Tausend zu 2. Die Munitionserparnis zahlt bald die Anschaffungskosten. — Verbindung gegen Nachnahme oder Vorauszahlung, doch wird von der Fabrik Garantie geleistet. **Wiederverkäufer gesucht.**

## Als passende Weihnachtsgeschenke

empfiehlt zu bedeutend ermäßigten Preisen:

Schlitten in größter Auswahl, Schlittschuhe, neuester Konstruktion, Blumentische, in größter Auswahl, Waschküchen u. Waschkünder, Wurststopfmaschinen, Fleisch-Sackmaschinen, Amerik. Wasch- und Wringmaschinen, Werkzeug- u. Laubsägekästen, Brod- u. Eismaschinen, Wiener Kaffeemaschinen, Verzinslampen mit Kessel, Ofen-Vorsetzer, Kaffeebrenner, Schirm- u. Feuergeräthständer, Küchenwaagen und Petroleum-Apparate neuester Konstruktion.

**Michaelis Basch, Markt Nr. 55.**

## Kartoffeln

zu Fabrikzwecken kauft und verkauft unausgeleert **Eduard Weinhagen, Posen.**

## Vollkommen wasserdichte Loden-Mäntel mit Kapuze

für den Herbst und Winter aus dem besten steirischen Schafwoll-Lodenstoffe, braun, grau oder schwarz, naturfarbig.

Ein leichter Touristen-Mantel mit Kapuze	12 Mk.
„ „ Reise- oder Jagdmantel	18 „
„ „ Kaiser-Mantel	21 „
„ „ dicker gut gefüttert	28 bis 40 „
„ hübsche Koppen oder Steirer-Sacco	21 bis 30 „
„ Damen-Paletot, modern, sehr kleidsam	21 bis 30 „

## wasserdichte Steirer-Hüte

für Herren und Damen aus den feinsten Loden, anerkannt als die praktischste Kopfbedeckung 4½ bis 6½ Mk.

Alle Gattungen Fabriks- und Bauernloden, moderne Anzugstoffe, aus der reinsten steirischen Schafwolle, vollkommen wasserdicht, werden per Meter oder in beliebigen fertigen Kleidern gegen Postnachnahme billigt geliefert von der Tuchwaarenhandlung des **Johann Günzberg in Graz, Steiermark.**

## Sinnreiches Weihnachtsgeschenk für Kinder und Erwachsene.



**NEU! NEU! Zeichen- und Mal-Verdickungs-Apparat** von W. Simons in Höchst a. M.

Vollst. Apparat m. Zubehör M. 8. Ders. in f. pol. Holzkasten M. 15. Ders. in f. eleg. Lederetuis M. 20.

**Verfahren einfach und schnell.**

Verschiedene Sorten gute Dauer-Aepfel und gute Sorten Backobst, zum Theil geschält, Pflaumenmus und gute Wallnüsse empfehle zu soliden Preisen.

**W. Müller** aus Beuthen a. D. Mein Lager befindet sich Mühlentstraße Nr. 37 im Keller.

## Musikinstrumentenhandlung

von **A. Tanke, Oppeln** (früher **Fraustadt**),

hält stets größtes Lager aller Arten Instrumente und deren Bestandtheile, Violinen von 6 Mark an.

**Specialität:** ff. Violine (Stradivarius-Imitation) incl. ff. Bogen und gefüttertem Holzgetzel, zusammen für nur 20 Mk. Diese Instrumente wurden von den hohen königl. Regierungsbehörden zu Posen und Oppeln namentlich für den Schulgebrauch empfohlen.

## Vier Paar neue Schlitten

stehen zum Verkauf bei **A. Grabowski, Grabenstrasse Nr. 21.**

## Weihnachts-Striezeln

empfiehlt die **Wiener Bäckerei** und bittet um rechtzeitige Bestellungen.

## Großer Ausverkauf

von rothen Weihnachtsäpfeln. Grünberger Obstniederlage **Rippe, Thaterstraße Nr. 6.**

**Dr. Loose** 4. St. Hauptzieh. 450, 900 M. 4. Drig. 75 M., Anth. 30, 15. **S. J. Bach,** Berlin, Nollm. 14 C. Domlogge 4 M.

## Aepfel!

Sehr gute **schlesische Gebirgsäpfel** empfiehlt

**W. Reuner,** Capthapl. 11, im Laden neben Herrn **Peifer.**

